

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
am Dienstag, **14.03.2006**, 16:45 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Georg Berding , Herr Meik Bolte , Herr Edgar Drüge , Frau Carmen Greefrath , Frau Eleonore Heyne , Frau Marliese Kosmider , Herr Andreas Nicklas , Herr Reinhard Schulze Lohoff , Frau Angela Stähler ,

von der SPD-Fraktion

Frau Dr. Anna Boos , Herr Dr. Michael Jung , Herr Michael Kleyboldt , Frau Anne Schulze Wintzler ,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Peter Fischer-Baumeister , Herr Manfred Kehr , Frau Annette Kemper ,

von der FDP-Fraktion

Frau Dr. Karin Obst ,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Herr Karl-Theodor Becks ,

Sachkundige Einwohner/innen

Frau Rixa Borns , Frau Ximena Cecilia Meza Correa-Flock , Frau Karin Ubrig ,

von der Kath. Kirche

Herr Thomas Frings ,

von der Verwaltung

Frau Mechthild Bedenbecker-Busch , Herr Gerd Bertling , Herr Gerhard Böll , Herr Lothar Dunkel , Herr Dr. Hans-W. Gummersbach , Frau Dr. Andrea Hanke , Frau Ute Laumann , Frau Stefanie Mentrup , Herr Winfried Mörchen , Herr Helmut Müller , Herr Eugen Rickling , Frau Aud Riegel-Krause , Herr Holger Rottstock , Herr Ludger Watermann ,

für die Schriftführung

Herr Winfried Engbert ,

Es fehlten

Frau Sybille Benning , Herr Dr. Erhard Holze , Herr Frederik Timmer , Herr Moritz von Schmelting ,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 14.03.2006

Tagesordnung:

- | | | |
|--------------------------|----|--|
| | 1. | Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist |
| | 2. | Eingänge und Eingaben |
| | 3. | Mitteilungen der Verwaltung |
| | 4. | Berichte der Verwaltung |
| <u>V/0085/2006</u>
V | 5. | Stadtteilwerkstatt West - Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord
Kooperation des Amtes für Kinder, Jugendlichen und Familien, der Handwerkskammer Münster und dem Jugendausbildungszentrum JAZ gGmbH |
| <u>V/0646/2005</u>
V | 6. | Jugendarbeitslosigkeit in Münster - Kommunale Handlungsschwerpunkte Teil II |
| <u>V/0156/2006</u>
V | 7. | Neustrukturierung der kinderpädagogischen Angebote im Stadtteil Kinderhaus - Städt. Kinderhort "Kunterbunt" und Bauspielplatz Kinderhaus (Baui) |
| <u>V/0061/2006</u>
IV | 8. | Benutzungs- und Gebührensatzung der Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen |
| <u>V/0088/2006</u>
IV | 9. | Vergabe- und Entgeltordnung für die Nutzung von Räumen in Schulgebäuden der Stadt Münster durch Dritte
Haushaltskonsolidierungsprogramm (Vorlage 1065/2005) 50 |

- | | | |
|----------------------------|-------|---|
| <u>V/0084/2006</u>
IV | 10. | Änderung der Entgeltordnung "Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Förderschulen und an offenen Ganztagschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 im Förderschulbereich)"
- Konsequenzen für das Konsolidierungsprogramm |
| <u>V/0114/2006</u>
IV | 11. | Umwandlung weiterer Schulen in Offene Ganztagschulen zum Schuljahr 2006/2007 |
| <u>V/0186/2006</u>
IV | 12. | Umwandlung von Haupt- und Förderschulen in erweiterte Ganztagschulen |
| <u>V/0134/2006</u>
IV | 13. | Rückführung bestimmter Leistungen im Bereich der Schülerfahrkosten auf den gesetzlichen Mindeststandard |
| <u>V/0134/2006/1</u>
IV | 13.1. | Rückführung bestimmter Leistungen im Bereich der Schülerfahrkosten auf den gesetzlichen Mindeststandard |
| | 14. | Beratung des doppelten Haushalts |
| | 14.1. | Westfälische Schule für Musik |
| | 14.2. | Volkshochschule |
| | 15. | Beratung des Haushaltsplanes 2006, des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2006 bis 2009 |
| | 15.1. | Verwaltungshaushalt
hier: Budget Amt für Schule und Weiterbildung |
| | 15.2. | Vermögenshaushalt
hier: Einzelplan 2 Schulen |
| <u>V/0070/2006</u>
IV | 16. | Modellprojekt zur stärkeren Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft |
| | 17. | Anfragen/Anträge von Mitgliedern des Schulausschusses |
| | 18. | Verschiedenes |

Herr Ratsherr Kehr, Vorsitzender des Ausschusses für Schule und Weiterbildung eröffnete die Sitzung.

Auf Nachfrage von Herrn Kehr wurden keine Änderungswünsche zu den Protokollen der letzten Sitzungen geäußert.

Der Ausschuss einigte sich ohne Abstimmung darauf, den Tagesordnungspunkt 13 als Tagesordnungspunkt 5 zu beraten. Aufgrund der Haushaltsrelevanz wird der Tagesordnungspunkt 16 vor den Haushaltsberatungen als Tagesordnungspunkt 14 beraten.

Punkt 1 der Tagesordnung

Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist

Von den Mitgliedern des Ausschusses wurde zum Tagesordnungspunkt 7 durch Frau Pohl, Leiterin des Amtes 51, Berichterstattung gewünscht. Zu den Tagesordnungspunkten 5 und 6 wurde keine Berichterstattung gewünscht.

Punkt 2 der Tagesordnung

Eingänge und Eingaben

- keine -

Punkt 3 der Tagesordnung

Mitteilungen der Verwaltung

- keine -

Punkt 4 der Tagesordnung

Berichte der Verwaltung

4.1 Aktueller Sachstand der Anmeldungen zur Klasse 5 an den städtischen weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2006/07

Frau Dr. Hanke teilte mit, dass sich 2.425 Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen in Münster angemeldet haben. An den Gymnasien ist ein Plus von 145 Schülerinnen und Schülern zu verzeichnen, weiterhin haben sich 25 auswärtige Schülerinnen und Schüler mehr angemeldet als im Vorjahr.

Sie führte weiter aus, dass das Anmeldeverfahren an den Haupt- und Realschulen unproblematisch verlaufen sei. Aus Sicht der Gymnasien und der Verwaltung sei auch der Verlauf des Anmeldeverfahrens an den Gymnasien positiv zu bewerten. 98 Prozent der Schülerinnen und Schüler konnten entsprechend ihren Wünschen den Gymnasien zugewiesen werden. Lediglich bei 34 Schülerinnen und Schüler konnten die Schulwünsche nicht erfüllt werden. Die Eltern der angemeldeten Schülerinnen und Schüler haben inzwischen die Mitteilungen über die Schulzuweisungen erhalten.

Das Verfahren sei im Grunde nicht anders gelaufen als in den Vorjahren, man habe aber die Eltern entlasten können, die für eine Anmeldung nicht mehrere Schulen aufsuchen mussten.

Das jetzt abgeschlossene Verfahren werde evaluiert und analysiert, um Optimierungen u.a. bei der Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Schulen sowie bei der Elterninformation zu erreichen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Stadtteilwerkstatt West - Zweigstelle der Stadtteil-

V/0085/2006

**werkstatt Nord
Kooperation des Amtes für Kinder, Jugendlichen
und Familien, der Handwerkskammer Münster und
dem Jugendausbildungszentrum JAZ gGmbH**

Die CDU/FDP-Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:

Die zuständigen Ausschüsse, Bezirksvertretungen und der Rat mögen beschließen:

Die bisherigen Beschlusspunkte werden durch folgenden Beschlussvorschlag ersetzt:

1. Die Stadt Münster führt mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW Gespräche mit dem Ziel,
 - die Eingangsvoraussetzungen für das Werkstattjahr dahingehend zu erweitern, dass auch nicht mehr berufsschulpflichtige Jugendliche an diesen Maßnahmen teilnehmen können
 - wie im Hearing vom 08.02.2006 im Landtag NRW von vielen Beteiligten gefordert, eine zusätzliche sozialpädagogische Betreuung im Werkstattjahr zu verankern.

Die Verwaltung erstattet den Gremien über die Ergebnisse dieser Gespräche zeitnah Bericht.

2. Für den Fall, dass zum Sommer 2006 diese Veränderungen am Konzept des Werkstattjahres nicht umgesetzt werden, wird die Stadt Münster befristet ergänzende Maßnahmen selbst durchführen. Die Stadt Münster wird dazu entweder
 - einen Personalkostenzuschuss für sozialpädagogische Betreuung im Rahmen des Werkstattjahres zur Verfügung stellen oder alternativ
 - eine Stadtteilwerkstatt West als Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord einrichten.
3. Dafür werden - befristet bis 2008 - im Haushaltsjahr 2006 50.000 €, in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 jeweils 100.000 € für Personal- und Sachkosten in den Haushalt eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen. Nach einer genauen Analyse des Kreises der potenziell Unterstützungsberechtigten erfolgt eine Entsperrung auf Beschluss des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie für den Fall, dass die unter 1. genannten Verhandlungen nicht erfolgreich sind.

Frau Dr. Obst begründete den Antrag. Frau Pohl (Amt 51) gab einige Erläuterungen zur Vorlage und zu den Auswirkungen des Änderungsantrages.

Nach einer kurzen Diskussion stimmte der Ausschuss für Schule und Weiterbildung dem Änderungsantrag der CDU/FDP- Fraktion mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der GAL-Fraktion zu und empfahl dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der GAL, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadt Münster führt mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW Gespräche mit dem Ziel,
 - die Eingangsvoraussetzungen für das Werkstattjahr dahingehend zu erweitern, dass auch nicht mehr berufsschulpflichtige Jugendliche an diesen Maßnahmen teilnehmen können

- wie im Hearing vom 08.02.2006 im Landtag NRW von vielen Beteiligten gefordert, eine zusätzliche sozialpädagogische Betreuung im Werkstattjahr zu verankern.

Die Verwaltung erstattet den Gremien über die Ergebnisse dieser Gespräche zeitnah Bericht.

2. Für den Fall, dass zum Sommer 2006 diese Veränderungen am Konzept des Werkstattjahres nicht umgesetzt werden, wird die Stadt Münster befristet ergänzende Maßnahmen selbst durchführen. Die Stadt Münster wird dazu entweder
 - einen Personalkostenzuschuss für sozialpädagogische Betreuung im Rahmen des Werkstattjahres zur Verfügung stellen oder alternativ
 - eine Stadtteilwerkstatt West als Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord einrichten.
3. Dafür werden - befristet bis 2008 - im Haushaltsjahr 2006 50.000 €, in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 jeweils 100.000 € für Personal- und Sachkosten in den Haushalt eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen. Nach einer genauen Analyse des Kreises der potenziell Unterstützungsberechtigten erfolgt eine Entsperrung auf Beschluss des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie für den Fall, dass die unter 1. genannten Verhandlungen nicht erfolgreich sind.

Beschluss:

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0646/2005**

**Jugendarbeitslosigkeit in Münster - Kommunale
Handlungsschwerpunkte Teil II**

Die CDU/FDP-Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:

Der Rat möge beschließen:

Die bisherigen Beschlusspunkte werden wie folgt ersetzt:

Beschlusspunkt 1:

Die in der Vorlage V/0646/2005 genannten und dotierten Projekte (Ziffer 2.1 bis 2.6) werden aufgrund der bereits im letzten Jahr freigegebenen Finanzierung im notwendigen Umfang bis zum jeweiligen Projektende aus Mitteln der Haushaltsstelle 4522.717.9000.8 weiter finanziert. Ausgenommen ist die Ziffer 2.7 (Stadtteilwerkstatt West), für die mit der Vorlage V/0085/2006 eine gesonderte Regelung getroffen wird.

Beschlusspunkt 2:

Nach Abschluss der unter Beschlusspunkt 1 genannten Projekte wird über Folgeprojekte erst nach der Vorlage eines ausführlichen Erfahrungsberichts entschieden, der insbesondere die fachlichen (pädagogischen / sozialen) und finanziellen Auswirkungen aufzeigt (Controllingbericht).

Beschlusspunkt 3:

Über neue Förderkriterien wird erst nach Beendigung der o. g. Projekte und der Vorlage des vorgenannten Erfahrungsberichtes entschieden.

Frau Dr. Obst begründete den Antrag.

Nach einer kurzen Diskussion, stimmte der Ausschuss für Schule und Weiterbildung dem Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion mehrheitlich (+ 9 CDU/FDP, - 7 SPD, GAL) zu und empfahl dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der SPD und GAL, folgenden Beschluss zu fassen:

1.

Die in der Vorlage V/0646/2005 genannten und dotierten Projekte (Ziffer 2.1 bis 2.6) werden aufgrund der bereits im letzten Jahr freigegebenen Finanzierung im notwendigen Umfang bis zum jeweiligen Projektende aus Mitteln der Haushaltsstelle 4522.717.9000.8 weiter finanziert. Ausgenommen ist die Ziffer 2.7 (Stadtteilwerkstatt West), für die mit der Vorlage V/0085/2006 eine gesonderte Regelung getroffen wird.

2.

Nach Abschluss der unter Beschlusspunkt 1 genannten Projekte wird über Folgeprojekte erst nach der Vorlage eines ausführlichen Erfahrungsberichts entschieden, der insbesondere die fachlichen (pädagogischen / sozialen) und finanziellen Auswirkungen aufzeigt (Controllingbericht).

3.

Über neue Förderkriterien wird erst nach Beendigung der o. g. Projekte und der Vorlage des vorgenannten Erfahrungsberichtes entschieden.

Beschluss:

Punkt 7 der Tagesordnung V/0156/2006

Neustrukturierung der kinderpädagogischen Angebote im Stadtteil Kinderhaus - Städt. Kinderhort "Kunterbunt" und Bauspielplatz Kinderhaus (Baui)

Frau Pohl (Amt 51) gab einige Hinweise zur Vorlage und beantwortete Fragen von Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Weiterbildung.

Nach einer kurzen Diskussion empfahl der Ausschuss für Schule und Weiterbildung dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen der CDU/FDP gegen die Stimmen der SPD und GAL, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Das Förderangebot für die Kinder des städt. Hortes „Kunterbunt“ in Kinderhaus wird mit verringerter Platzzahl (bisher 20 Plätze - künftig 16 Plätze) und den offenen kinderpädagogischen Angeboten des Bauspielplatzes Kinderhaus zu einem integrierten Sozialraumkonzept verbunden.
2. Die Angebote des städt. Hortes „Kunterbunt“ werden zum Schuljahr 2006/2007 in die Räumlichkeiten des Bauspielplatzes Kinderhaus verlagert. Organisatorisch wird die neue Einrichtung der Kinder- und Jugendeinrichtung Wuddi - Kinderhaus zugeordnet.

3. Die Öffnungszeit des Bauspielplatzes Kinderhaus (derzeitig 20 Stunden pro Woche) wird beibehalten, erhält jedoch im Rahmen des integrativen Gesamtkonzeptes mit dem Ziel der Wochenendöffnung sowie der Öffnung in den Ferienzeiten eine veränderte Schwerpunktsetzung.
4. Die Verwaltung legt im Sommer 2006 ein Feinkonzept zur fachlichen Ausrichtung vor.
5. Die Realisierung des Konsolidierungsbeitrages (vgl. Vorlage V/1065/2005, Konsolidierungsblatt Nr. 112) wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in der Konsolidierungsvorlage (V/1065/2005) vorgeschlagene Einsparung von Haushaltsmitteln (Konsolidierungsblatt Nr. 112) realisiert wird.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Nicht erforderlich.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0061/2006

Benutzungs- und Gebührensatzung der Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen

Frau Dr. Boos (SPD) erklärte sich als befangen und nahm an der Beratung und an den Abstimmungen nicht teil.

Herr Kehr teilte mit, dass ihn ein Brief der Apothekerkammer Westfalen-Lippe erreicht habe.

Die SPD-Fraktion stellte folgenden Antrag:

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung erläutert die aktuellen Bemühungen um die Veräußerung der PTA.
2. Die PTA verbleibt in städtischer Trägerschaft und wird weiter betrieben, so lange kein anderer Träger in Sicht ist.
3. Eine moderate Gebührenerhöhung wird akzeptiert, ein zusätzlicher Beitrag der PTA zur Haushaltskonsolidierung wird abgelehnt.

Die GAL-Fraktion stellte den Antrag, die Erhöhung des Eigenanteils der Schülerinnen der PTA-Lehranstalt auf 10 Euro zu begrenzen.

Die CDU/FDP-Fraktion stellte folgenden Antrag:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen aufnehmen, mit dem Ziel die PTA-Lehranstalt in Münster aus der städtischen Trägerschaft zu entlassen. Vorrangig ist dabei die zukünftige Beschäftigung des Personals der PTA-Lehranstalt zu klären. Einen entsprechenden Verhandlungsstand voraussetzend, werden zum kommenden Schuljahr 2007/2008 keine neuen Schüler an der PTA-Lehranstalt aufgenommen.

Nach einer Diskussion wurde der Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der GAL abgelehnt.

Der Antrag der GAL-Fraktion wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der GAL bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Dem Antrag der CDU/FDP-Fraktion wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD und GAL zugestimmt.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfahl dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD und der GAL, folgenden Beschluss zu fassen:

Sachentscheidung:

Die Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen der Stadt Münster wird gemäß Anlage 1 beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Für das Haushaltsjahr 2006 entstehen bereits im Etatentwurf berücksichtigte Mehreinnahmen bei der HHSt. 2940.116.0000.0 „Lehrgangsgebühren“ in Höhe von 2.400,00 € (5,00 € Erhöhung der Lehrgangsgebühr x 4 Monate x durchschnittlich 120 Lehrgangsteilnehmer/innen).

Der Konsolidierungsbeitrag für das Haushaltsjahr 2006 ist in dem Spar- und Konsolidierungsprogramm 2006 mit einer zusätzlichen Erhöhung in Höhe von 4.800,00 € (10,00 € Erhöhung der Lehrgangsgebühr x 4 Monate x durchschnittlich 120 Lehrgangsteilnehmer/innen) vorgesehen, die über Veränderungsblatt zur Konsolidierungsvorlage nachgemeldet wurde.

Befristung

Entfällt.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0088/2006**

**Vergabe- und Entgeltordnung für die Nutzung von
Räumen in Schulgebäuden der Stadt Münster
durch Dritte
Haushaltskonsolidierungsprogramm (Vorlage
1065/2005) 50**

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, für kirchliche Veranstaltungen ein öffentliches Interesse festzustellen und die Räume zu diesen Veranstaltungen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die SPD-Fraktion regte zudem an, die für die Kammerprüfungen benötigten Räume nicht länger kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Herr Watermann beantwortete einige Fragen von Mitgliedern des Ausschusses.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der GAL abgelehnt.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfahl dem Rat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Sachentscheidung:

Die in der Anlage 1 beigefügte Änderung der „Vergabe- und Entgeltordnung für die Nutzung von Schulgebäuden der Stadt Münster durch Dritte“ wird mit Wirkung vom 01.08.2006 beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und / oder Folgekosten.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0084/2006**

**Änderung der Entgeltordnung "Förder- und
Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler
an Grund- und Förderschulen und an offenen
Ganztagsschulen im Primarbereich (einschl. der
Klassen 5 und 6 im Förderschulbereich)"
- Konsequenzen für das Konsolidierungsprogramm**

Die SPD-Fraktion erläuterte die Gründe, warum sie der Vorlage nicht zustimmen werden. Sie machte zudem deutlich, dass der Rechenfehler bei den erwarteten Einnahmen nicht nachvollziehbar sei.

Frau Hanke wies daraufhin, dass es nicht um einen Rechfehler handele, sondern dass eine Fehleinschätzung vorliege, da nicht absehbar gewesen sei, wie sich die Geschwisterregelung in der Gebührensatzung auswirken werde.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfahl dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der GAL, folgenden Beschluss zu fassen:

Sachentscheidung:

1. Die "Entgeltordnung für Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Sonderschulen und an offenen Ganztagsschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 im Sonderschulbereich)" erhält folgende neue Bezeichnung: "Entgeltordnung für Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und **Förderschulen** und an offenen Ganztagsschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 an **Förderschulen**)".
2. Die Neufassung der Entgeltordnung einschließlich der Tarife zur Entgeltordnung wird beschlossen (s. Anlage 1).
3. Die Neufassung der Entgeltordnung sowie die neuen Tarife treten zum 01.08.2006 in Kraft und ersetzen die derzeitige Entgeltordnung "Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Sonderschulen und an offenen Ganztagsschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 im Sonderschulbereich)" vom 03.03.2005 (vgl. Ratsvorlage V/1065/2004 vom 28.12.2004).
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der im Konsolidierungsblatt Nr. 58 gemachte Vorschlag nicht realisiert werden kann, sondern stattdessen sind Mindereinnahmen bei den Elternbeiträgen zu verzeichnen. Der Haushaltsansatz muss deshalb um 216.550 € reduziert werden.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0114/2006**

Umwandlung weiterer Schulen in Offene Ganztagschulen zum Schuljahr 2006/2007

Frau Dr. Hanke gab einige Erläuterungen zur Vorlage und wies dabei daraufhin, dass die Schulen in Münster trotz der Streichungen immer noch besser gestellt seien als in vergleichbaren anderen Städten.

Die GAL-Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:

Der Rat möge beschließen:

1. Folgende Schulen werden ab dem 01.08.2006 neben den schon bestehenden 26 Schulen als Offene Ganztagschulen im Primarbereich geführt:

Stadtbezirk Münster-Mitte

Aegidii-Ludgeri-Schule
Johannisschule
Hermannschule
Gottfried-von-Cappenberg-Schule
Mauritzschule
Erich Kästner-Schule (Förderschule)

Stadtbezirk Münster-West

Marienschule Roxel
Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule Nienberge
Peter-Wust-Schule

Stadtbezirk Münster-Ost

Astrid Lindgren-Schule Gelmer

Stadtbezirk Münster-Südost

Nikolaischule Wolbeck
Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule Angelmodde
Idaschule / Pestalozzischule

Stadtbezirk Münster-Hiltrup

Grundschule Loevelingloh
Marienschule Hiltrup

2. Es gelten die Bedingungen des Ratsbeschlusses vom 09.02.2005 (vgl. Vorlage 1063/2004)
3. (Wird gestrichen)
4. (Wird gestrichen)

Die SPD-Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:

Der Schulausschuss möge beschließen

Punkt 1:
Wie Vorlage

Punkt 2:
Eine Beschränkung der Teilnehmerzahlen wird nicht umgesetzt. Der Ausbau der Offenen Ganztagsgrundschule soll bedarfsgerecht erfolgen.

Punkt 3:
Die Verwaltung wird beauftragt, über die in dieser Vorlage abgedeckten Bedarfe im Investitionsbereich für die Offenen Ganztagsgrundschulen zu berichten und einen entsprechenden Investitionsplan aufzustellen.

Punkt 4:
Die Finanzformel für die Offenen Ganztagsgrundschulen bleibt unverändert. Darüber hinaus wird in jeder zweiten und weiteren Gruppe eine Erzieherinnenstelle im Umfang von 25,0 Wochenstunden finanziert.

Herr Jung begründete den Antrag.

Die CDU/FDP-Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:

Die zuständigen Ausschüsse, Bezirksvertretungen und der Rat mögen beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. (...)
2. ~~Ab dem Schuljahr 2006/07 wird die Teilnehmerzahl an den Betreuungsangeboten „Schule von 8 bis 1“, „Offene Ganztagschule“ und an den sonstigen außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten an den Schulen, die nicht als Offene Ganztagsgrundschulen geführt werden, stadtweit auf 25 % der Gesamtschülerzahl beschränkt. Für weitere Bedarfe werden vor Ort sozialräumliche Lösungen durch das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien und das Amt für Schule und Weiterbildung herbeigeführt.~~
2. (...) (bisher 3.)

3. (...) (bisher 4.)

Für Kinder der Offenen Ganztagsschule wird bei Bedarf ein Ferienbetreuungsangebot von insgesamt ~~3~~ **6** Wochen im Schuljahr vorgehalten, welches in den Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagsschule enthalten ist. ~~Darüber hinausgehende Bedarfe werden im Rahmen sozialräumlicher Lösungen herbeigeführt und sind durch die Eltern zusätzlich zu finanzieren (bisher kostenfreies Ferienbetreuungsangebot von insgesamt 6 Wochen im Jahr).~~ **Die Verwaltung informiert zukünftig rechtzeitig zu Beginn des Jahres die Eltern über die geplanten Ferienbetreuungsangebote des Schul- und des Jugendamtes und der freien Träger.**

(....)

Frau Dr. Obst begründete den Antrag.

Frau Dr. Hanke wies daraufhin, dass mit den beantragten Änderungen auch wesentlich höhere Kosten für die Stadt anfallen.

Nach einer ausführlichen Diskussion fasste der Ausschuss für Schule und Weiterbildung den Beschluss, über die Beschlusspunkte der Vorlage einzeln abzustimmen.

Der Antrag der GAL-Fraktion wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD und GAL abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD und GAL abgelehnt.

Der Antrag der CDU/FDP-Fraktion wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der GAL bei Enthaltung der SPD angenommen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfahl dem Rat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat erklärt seine Bereitschaft, trotz der erheblichen kommunalen Haushaltsprobleme und der damit erforderlichen Konsolidierungserfordernisse zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des besonderen Profils der Stadt Münster als „City of Learning“, neben den bestehenden 26 Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich ab dem Schuljahr 2006/07 (01.08.2006) folgende Schulen als Offene Ganztagsschulen im Primarbereich zu führen:

Stadtbezirk Münster-Mitte

Aegidii-Ludgeri-Schule
Johannisschule
Hermannschule
Gottfried-von-Cappenberg-Schule
Mauritzschule
Erich Kästner-Schule (Förderschule)

Stadtbezirk Münster-West

Marienschule Roxel
Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule Nienberge
Peter-Wust-Schule

Stadtbezirk Münster-Ost

Astrid Lindgren-Schule Gelmer

Stadtbezirk Münster-Südost

Nikolaischule Wolbeck
Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule Angelfmodde
Idaschule / Pestalozzischule

Stadtbezirk Münster-Hiltrup

Grundschule Loevelingloh
Marienschule Hiltrup

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfahl dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD und GAL folgende Beschlüsse zu fassen:

2. Für den Investitionsbereich werden den Offenen Ganztagsschulen wegen der auslaufenden Landesförderung über die in dieser Vorlage genannten Mittel hinaus keine weiteren Haushaltsmittel bereit gestellt.

3. Die Finanzformel, nach der sich das Budget für die Betreuung / Förderung der Schüler/innen in den Offenen Ganztagsschulen berechnet, wird ab dem Schuljahr 2006/07 wie folgt verändert und bezieht sich ab dem 01.08.2006 auf alle, als Offene Ganztagsschulen geführten Schulen (I. bis III. Staffel):
 - An den Grundschulen wird eine Gruppenstärke von 25 Kindern, an den Förderschulen eine Gruppenstärke von 12 Kindern zugrunde gelegt (bisher konnte eine erste Offene Ganztagsschulgruppe im Grundschulbereich bereits ab 20 Kinder gebildet werden).
 - In jeder Betreuungsgruppe können geringfügig Beschäftigte im Umfang von 21 Wochenstunden eingesetzt werden (bisher konnten in der 1. Betreuungsgruppe geringfügig Beschäftigte mit 25 Wochenstunden, in jeder weiteren Gruppe mit 23 Wochenstunden eingesetzt werden).
 - Bis zur Einrichtung einer zweiten Betreuungsgruppe (ab dem 50. Kind) wird ab dem 26. Kind pro Gruppe ein Betrag in Höhe von 1.400,00 € zur Verfügung gestellt. Gleiches gilt für die Einrichtung jeder weiteren Gruppe (bisher wurde je Kind ein Betrag in Höhe von 1.500,00 € zur Verfügung gestellt).
 - Für Kinder der Offenen Ganztagsschule wird bei Bedarf ein Ferienbetreuungsangebot von insgesamt 3 Wochen im Schuljahr vorgehalten, welches in den Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagsschule enthalten ist. Die Verwaltung informiert zukünftig rechtzeitig zu Beginn des Jahres die Eltern über die geplanten Ferienbetreuungsangebote des Schul- und des Jugendamtes und der freien Träger.
 - Das bisher bereitgestellte Förderbudget für besondere Förderbedarfe / Kooperationsmodelle in Höhe von 275.000,00 € wird nicht erhöht. Es wird ab dem Schuljahr 2006/07 für alle Offenen Ganztagsschulen (I. bis III. Staffel) abrufbar sein.

- Veränderung der Elternbeiträge
Ab dem 01.08.2006 wird durch eine Änderung der Entgeltordnung „Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Sonderschulen und an offenen Ganztagschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 im Sonderschulbereich)“ pro Monat ein Elternbeitrag bis maximal 150,00 € statt bisher 100,00 € erhoben. Die einkommensabhängigen Elternbeiträge werden dazu angepasst (s. Vorlage V/0084/2006).

4. Finanzierung

4.1 Personal- und Sachkosten

Sofern der Rat der Umwandlung der unter Ziffer 1. genannten Schulen in eine Offene Ganztagschule und der unter Ziffer 4. veränderten Finanzformel zustimmt, ergibt sich unter Berücksichtigung der veränderten Elternbeiträge und der zu erwartenden Landeszuweisungen zu den laufenden Kosten (ohne Investitionskosten) folgende Gesamtübersicht der Finanzierung: *)

	Ansatz 2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen					
Elternbeiträge	1.125.390 €	1.064.045 €	1.416.422 €	1.416.422 €	1.416.422 €
Landeszuwendung	1.153.300 €	1.737.352 €	2.125.050 €	2.125.050 €	2.125.050 €
gesamt	2.278.690 €	2.801.397 €	3.541.472 €	3.541.472 €	3.541.472 €
Ausgaben					
Personalkosten	2.559.531 €	3.466.160 €	4.203.120 €	4.203.120 €	4.203.120 €
Sachkosten	151.090 €	192.655 €	248.200 €	248.200 €	248.200 €
Grundbedarf gesamt	2.710.621 €	3.658.815 €	4.451.320 €	4.451.320 €	4.451.320 €
Förderfonds	397.220 €	287.700 €	275.000 €	275.000 €	275.000 €
Ferienbetreuung	124.000 €	284.090 €	305.000 €	305.000 €	305.000 €
Fortbildung		**)	15.000 €	15.000 €	15.000 €
Ausgaben ges.	3.231.841 €	4.230.605 €	5.046.320 €	5.046.320 €	5.046.320 €
Diff. Ausg./Einn.	953.151 €	1.429.208 €	1.504.848 €	1.504.848 €	1.504.848 €
Zuschuss lt. Etatentwurf	953.151 €	970.798 €	610.150 €	612.173 €	603.883 €
Mehrbedarf	0 €	458.410 €	894.698 €	892.675 €	900.965 €

Hinweis: Die Zahlen für 2005 entsprechen den Haushaltsansätzen.
Die Zahlen für 2006 entsprechen den Ansätzen **nach** der Konsolidierung

*) Die Finanzierung enthält die ab dem 01.08.2006 von den Schulen (einschließlich der III. Staffel OGTS) gemeldeten Bedarfe für alle Förder- und Betreuungsangebote.

**) Im Jahr 2006 stehen rd. 12.700,00 € aus dem Förderbudget für ein eingeschränktes Fortbildungsangebot zur Verfügung.

- 4.2 Die für das Haushaltsjahr 2006 erforderlichen Mittel in Höhe von 458.410,00 € werden haushaltsneutral durch Umbuchung von Haushaltsmitteln wie folgt finanziert:

Nr.	Betrag	Position	Haushaltstelle
1	40.000,- €	Schulbücher nach dem LFG	2..0.631.0000..
2	50.000,- €	Schülerfahrkosten	2..0.639.0000..
3	20.000,- €	Betriebskostenzuschuss Papst-Johannes-Schule	2710.718.0000.2
4	8.500,- €	Sachkosten ZA 10	2..0.500.0000..
5	1.500,- €	Erstattung von Leistungen an AWM	2.00.509.1000..
6	120.000,- €	Offene Ganztagschule - Ferienbetreuung -	2100.627.2110.0
7	212.280,- €	Offene Ganztagschule (Rest aus 2005)	2100.627.2100.4
8	6.130,- €	Ganztägige Betreuung - Sachkosten - (Rest aus 2005)	2100.627.1000.6
gesamt	458.410,- €		

Die unter den Positionen 6, 7 und 8 genannten Mittel können lediglich einmalig im Jahre 2006 zur Verfügung gestellt werden.

Von den für die Haushaltsjahre 2007 ff. zusätzlich erforderlichen Mittel werden 120.000 Euro aus dem Budget des Amtes für Schule und Weiterbildung finanziert. Die dann noch fehlenden Haushaltsmittel werden aus dem Gesamtbudget der Stadt Münster finanziert.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der für die Personal- und Sachkosten ab dem Haushaltsjahr 2007 ff. anfallende Mehrbedarf im städtischen Haushalt 2006 und im Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 bis 2009 über entsprechende Veränderungsblätter **zusätzlich bereitzustellen ist** und dies, obwohl aus rein finanzpolitischer Sicht vorstehende Maßnahmen **dem Konsolidierungsziel der zweiten Stufe (nachhaltige Einsparung weitere 30 Mio. Euro) entgegenstehen und zu weiteren nachhaltigen finanziellen Belastungen führen.**

Die Auswirkungen auf die einzelnen Haushaltsstellen in den jeweiligen Jahren können der Anlage 1 entnommen werden.

4.3 Personalkosten für Pädagogische Fachkräfte (Erzieher/innen)

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass in den vorgenannten Mehrbedarfen die Personalkosten für

- 11 Erzieher/innen der Entgeltgruppe 6/8 mit je 25 Wochenstunden
- 2 Erzieher/innen der Entgeltgruppe 6/8 mit je 19,25 Wochenstunden

enthalten sind, die den 16 OGTS-Schulen der III. Staffel zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus enthält der Mehrbedarf die Personalkosten für

- 15 Erzieher/innen mit der Entgeltgruppe 6/8 mit je 19,25 Wochenstunden,

die den bereits bestehenden Offenen Ganztagschulen (I. und II. Staffel) aufgrund des gestiegenen Bedarfes zur Verfügung gestellt werden.

Im Stellenplan 2006 werden hierfür zusätzlich folgende Stellen der Entgeltgruppe 6 eingerichtet:

11 Stellen mit jeweils 25 Wochenstunden (0,65 Stellenanteile),
17 Stellen mit jeweils 19,25 Wochenstunden (0,50 Stellenanteile),
insgesamt 15,65 Stellen.

- 4.4 Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Ausgaben für die Förder- und Betreuungsangebote im Anschluss an den Unterrichtsvormittag an den Grund- und Förderschulen in der Primarstufe (einschl. der Klassen 5 und 6 an Förderschulen) von 3.231.841,00 € im Jahr 2005 auf 4.230.605,00 € im Jahr 2006 (Erhöhung um 458.410,00 €) und in den Jahren 2007 ff. auf 5.046.320,00 € (Erhöhung um rd. 894.700,00 €) steigen.
(Förder- und Betreuungsangebote im Anschluss an den Unterrichtsvormittag = „Acht bis Eins“, „Offene Ganztagschule“, „Angebote an Nicht-Offenen-Ganztagschulen“)

5. Investitionen

- 5.1 Für notwendige Investitionen im Rahmen der dritten Ausbauphase offener Ganztagschulen werden im Haushaltsplan 2006, Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009 Mittel wie folgt **zusätzlich** veranschlagt:

HHSt.	Bezeichnung	Jahr	Betrag €	Bemerkung
Einnahmen				
2100.360.1760.3	Zuw. Bund Einrichtung offener Ganztagschulen	2006	585.000	
		2007	1.600.000	
		2008		
		gesamt	2.185.000	
Ausgaben				
2100.940.1760.1	Bauk. Einrichtung offener Ganztagschulen	2006	1.180.000	
		2007	710.000	
		2008		
		gesamt	1.890.000	
2100.935.1760.4	Besch. Einrichtung offener Ganztagschulen	2006	260.000	
		2007	50.000	
		2008		
		gesamt	310.000	

Die notwendigen Veränderungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2006 werden von der Verwaltung gefertigt. Auch hier wird zur Kenntnis genommen, **dass diese Mehrkosten** sowohl die **Verschuldung erhöhen** als auch den **Verwaltungshaushalt durch Zinszahlungen nachhaltig und dauerhaft belasten**.

6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die dritte Ausbauphase offener Ganztagschulen über den notwendigen 10 %igen Eigenanteil hinaus keine zusätzlichen kommunalen Investitionsmittel notwendig sind.
7. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die 19 Gruppen der dritten Ausbauphase Offener Ganztagschulen eine Zuwendung in Höhe von max. 2.185.000,00 € beantragt werden könnte (19 Gruppen x 115.000,00 €), sofern die Gesamtkosten unter Berücksichtigung des zu erbringenden Eigenanteils von 10 % mindestens 2.427.778,00 € betragen würden. Da die geschätzten Gesamtkosten jedoch 2.200.000,00 € (1.890.000,00 € Baukosten und

310.000,00 € Beschaffungen) betragen, ist bei isolierter Betrachtung der dritten Ausbauphase lediglich eine Zuwendung in Höhe von 1.980.000,00 € zu erwarten (entspricht 90 % der Ausgaben).

8. Die Verwaltung wird beauftragt, für die erwarteten 19 Gruppen an den 16 Schulen der dritten Ausbauphase die maximale Zuwendung in Höhe von 2,185 Mio. € aus dem Programm „Zukunft Bildung und Betreuung“ unter Einbeziehung der Kosten für die erste und zweite Staffel offene Ganztagschule zu beantragen mit dem Ziel, den kommunalen Eigenanteil für noch nicht abgeschlossene Investitionsmaßnahmen der ersten und zweiten Staffel zu senken.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine Vorentwurfsplanung mit Kostenschätzung für die Erweiterung der bereits im Rahmen der zweiten Ausbauphase zum Schuljahr 2005/2006 zu offenen Ganztagschulen umgewandelten Clemensschule Hiltrup und Paul-Gerhardt-Schule Hiltrup zu erarbeiten. Das Raumprogramm umfasst die für Zwecke der offenen Ganztagschule insgesamt zwingend notwendigen Funktions- und Betreuungsräume (Küche, 2 Essräume, 4 Betreuungsräume).

Die geschätzten Kosten in Höhe von 1,3 Mio. € sind in den bei den HHSt. 2100.940.1760.1 und 2100.935.1760.4 bereits veranschlagten Mitteln für die erste und zweite Ausbauphase der offenen Ganztagschulen enthalten.

Punkt 12 der Tagesordnung V/0186/2006

Umwandlung von Haupt- und Förderschulen in erweiterte Ganztagschulen

Herr Drüge (CDU) erklärte sich als befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Frau Dr. Hanke gab einige Erläuterungen zur Vorlage und ging dabei insbesondere auf die von der Verwaltung vorgeschlagenen Prioritäten bei der Einrichtung der Schulen als erweiterte Ganztagschulen ein.

Die CDU/FDP-Fraktion stellte den Antrag, für beide Schulen einen Antrag auf Umwandlung zu stellen und dabei auf eine Priorisierung zu verzichten. Die Konzepte der Schulen sollen dem Rat vorgelegt werden.

Frau Dr. Hanke teilte mit, dass die Entscheidung, welche Schule umgewandelt wird vom Ministerium in Düsseldorf getroffen wird. Durch die von der CDU/FDP vorgeschlagene Änderung der Vorlage würden ggf. die Chancen erhöht, beide Schulen umzuwandeln. Sie sagte zu, die Konzepte dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorzulegen, eine Vorlage im Rat hielte sie für nicht erforderlich.

Frau Brockötter gab eine kurze Stellungnahme aus Sicht der Schulaufsicht.

Es folgte eine ausführliche Diskussion zur Thematik, wobei alle Fraktionen die von der Landesregierung vorgegebenen kurzen Fristen beanstandeten.

In der nachfolgenden Abstimmung empfahl der Ausschuss für Schule und Weiterbildung dem Rat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt nachträglich dem Antrag vom 15.03.2006 an die Bezirksregierung Münster zu,
 - 1.1 die Droste-Hauptschule Roxel und die Augustin-Wibbelt-Schule Roxel (Förderschule) zum Schuljahr 2006/2007 (01.08.2006) in erweiterte Ganztagschulen umzuwandeln

und
 - 1.2 die Fürstenbergschule (Hauptschule) zum Schuljahr 2006/2007 (01.08.2006) in eine erweiterte Ganztagschule umzuwandeln
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass bei Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster der erweiterte Ganztagsbetrieb ab dem Schuljahr 2006/2007 schrittweise aufgebaut wird und im Jahr 2006
 - 2.1 an der Droste-Hauptschule Roxel die Jahrgangsstufe 5 und an der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel (Förderschule) die Jahrgangsstufe 1 - 4 umfasst

und
 - 2.2 an der Fürstenbergschule (Hauptschule) die Jahrgangsstufe 5 umfasst.

3. Der Rat stimmt zu, dass bei Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster die räumlichen Voraussetzungen für den erweiterten Ganztagsbetrieb an der Droste-Hauptschule Roxel und der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel (Förderschule) und der Fürstenbergschule (Hauptsschule) geschaffen werden unter der Voraussetzung, dass für die erforderlichen investiven Maßnahmen Zuwendungen im Rahmen des Bundesprogramms "Initiative Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB)" zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Raumprogramme zu erarbeiten.

4. Der Rat stimmt zu, dass mit Aufnahme des Betriebes der erweiterten Ganztagschule beginnend mit dem Schuljahr 2006/2007 in Relation zu den betreuten Schülerinnen und Schülern das notwendige städtische Personal für die Bereiche Hauswirtschaft und Sekretariat sowie Sachmittel zur Verfügung gestellt werden.

Dafür werden im Stellenplan ab dem 01.08.2006 die nachfolgend aufgeführten Stellen eingerichtet werden. Mit den steigenden Teilnehmerzahlen erhöht sich das Stellenvolumen.

4.1 Droste-Hauptschule und Augustin-Wibbelt-Schule Roxel

Zeitpunkt	EGr. 4 (hausw. Gehil- fin)	Vermehrung	EGr. 5 (Sekretä- rin)	Vermehrung	Gesamt	Vermehrung
01.08.2006	0,65	0,65	0,18	0,18	0,84	0,84
01.08.2007	0,89	0,24	0,23	0,05	1,12	0,28
01.08.2008	1,19	0,30	0,29	0,06	1,48	0,36
01.08.2009	1,51	0,32	0,36	0,07	1,87	0,39
01.08.2010	1,82	0,31	0,42	0,06	2,24	0,37
01.08.2011	2,05	0,23	0,47	0,05	2,52	0,28
01.08.2012	2,09	0,04	0,48	0,01	2,57	0,05

und

4.2 Fürstenbergschule

Zeitpunkt	EGr. 4 (hausw. Gehil- fin)	Vermehrung	EGr. 5 (Sekretä- rin)	Vermehrung	Gesamt	Vermehrung
01.08.2006	0,44	0,44	0,14	0,14	0,58	0,58
01.08.2007	0,61	0,17	0,17	0,03	0,78	0,20
01.08.2008	0,83	0,22	0,22	0,05	1,05	0,27
01.08.2009	1,01	0,18	0,26	0,04	1,27	0,22
01.08.2010	1,22	0,21	0,30	0,04	1,52	0,25
01.08.2011	1,40	0,18	0,34	0,04	1,74	0,22

Finanzierung:

5. Für den laufenden Betrieb der erweiterten Ganztagsschulen sind nach Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster durch den stufenweisen Ausbau der Ganztagsbetreuung folgende Kosten zu finanzieren:

5.1 Droste-Hauptschule Roxel und Augustin-Wibbelt-Schule Roxel

Jahr	Teilnehmer	hausw. Gehilfin Stunden	hausw. Gehilfin Kosten €/Jahr	Sekretariatsstunden	Sekretärin Kosten €/Jahr	Sachkosten (30€/Kind)	Kosten Gesamt €/ Jahr
2006	100	24,92	10.180	7,00	2.950	1.250	14.380
2007	163	34,21	28.190	8,89	7.900	3.790	39.880
2008	243	46,00	38.150	11,29	10.030	5.890	54.070
2009	326	58,24	49.740	13,78	12.560	8.330	70.630
2010	407	70,18	61.620	16,21	15.150	10.790	87.560
2011	467	79,03	72.020	18,01	17.350	12.960	102.330
2012	477	80,50	77.690	18,31	18.660	14.140	110.490
2013	477	80,50	78.560	18,31	18.890	14.310	111.760

Im Haushaltsjahr 2013 (Endausbaustufe) fallen dann bei unveränderten Teilnehmerzahlen Gesamtkosten i.H.v. voraussichtlich 111.760 € an.

An der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel soll der Ganztagsbetrieb mit den Jahrgangsstufen 1 bis 4 beginnen, so dass bei schrittweisem Ausbau der Ganztagsbetreuung der Endausbau erst 2013 stattfindet.

5.2 Fürstenbergschule

Jahr	Teilnehmer	hausw. Gehilfin Stunden	hausw. Gehilfin Kosten €/Jahr	Sekretariatsstunden	Sekretärin Kosten €/Jahr	Sachkosten (30€/Kind)	Kosten Gesamt €/ Jahr
2006	45	16,81	6.890	5,35	2.300	560	9.750
2007	91	23,59	19.200	6,73	6.000	1.930	27.130
2008	148	31,99	26.380	8,44	7.510	3.440	37.330
2009	194	38,78	34.020	9,82	9.310	5.020	48.350
2010	249	46,88	41.260	11,47	10.890	6.510	58.660
2011	297	53,96	48.680	12,91	12.460	8.070	69.210
2012	297	53,96	52.630	12,91	13.380	8.910	74.920

Im Haushaltsjahr 2012 (Endausbaustufe) fallen dann bei unveränderten Teilnehmerzahlen Gesamtkosten i.H.v. voraussichtlich 74.920 € an.

- 5.3 Der für die Personal- und Sachkosten ab dem Haushaltsjahr 2006 anfallende Mehrbedarf ist im städtischen Haushalt 2006 und im Finanz- und Investitionsplan 2005 bis 2009 über entsprechende Veränderungsblätter **zusätzlich bereitzustellen** und steht aus finanzpolitischer Sicht dem **Konsolidierungsziel der zweiten Stufe (nachhaltige Einsparung weitere 30 Mio. Euro)** entgegen und führt zu weiteren **nachhaltigen finanziellen Belastungen**.

Investitionen:

6. Für notwendige Investitionen im Rahmen der Umwandlung von Schulen in erweiterte Ganztagschulen werden im Haushaltsplan 2006, Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009 Mittel wie folgt zusätzlich bereitgestellt:

Umwandlung der Droste-Hauptschule Roxel und Augustin-Wibbelt-Schule Roxel in erweiterte Ganztagschulen

HHSt.	Bezeichnung	Jahr	Betrag Euro	Bemerkung
Einnahmen				
2150.360.1090.6	Zuw. Bund Einrichtung erweiterte Ganztagschulen	2006	50.000	
		2007	1.000.000	
		2008	1.970.000	
		gesamt	3.020.000	
Ausgaben				
2150.940.1090.4	Bauk. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen	2006	200.000	
		2007	1.900.000	
		2008	533.340	
		gesamt	2.633.340	
2150.935.1090.7	Besch. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen	2006	77.230	
		2007	150.000	
		2008	495.000	
		gesamt	722.230	
Ausgaben insgesamt			3.355.570	
Mehrbelastung im städt. Haushalt (Ausgaben abzügl. Einnahmen)			335.570	

Umwandlung der Fürstenbergschule in eine erweiterte Ganztagsschule

HHSt.	Bezeichnung	Jahr	Betrag	Bemerkung
Einnahmen				
2150.360.1090.6	Zuw. Bund Einrichtung erweiterte Ganztagsschulen	2006	27.500	
		2007	450.000	
		2008	1.110.000	
		gesamt	1.587.500	
Ausgaben				
2150.940.1090.4	Bauk. Einrichtung erweiterte Ganztagsschulen	2006	100.000	
		2007	900.000	
		2008	388.890	
		gesamt	1.388.890	
2150.935.1090.7	Besch. Einrichtung erweiterte Ganztagsschulen	2006	50.000	
		2007	50.000	
		2008	275.000	
		gesamt	375.000	
Ausgaben insgesamt			1.763.890	
Mehrbelastung im städt. Haushalt (Ausgaben abzügl. Einnahmen)			176.390	

Für die Umwandlung der Schulen in erweiterte Ganztagsschulen werden über den notwendigen 10 %igen Eigenanteil hinaus keine zusätzlichen kommunalen Investitionsmittel bereitgestellt.

Die notwendigen Veränderungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2006 werden von der Verwaltung gefertigt. Es wird zur Kenntnis genommen, **dass die Mehrkosten sowohl die Verschuldung erhöhen als auch den Verwaltungshaushalt durch Zinszahlungen nachhaltig und dauerhaft belasten.**

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0134/2006**

**Rückführung bestimmter Leistungen im Bereich
der Schülerfahrkosten auf den gesetzlichen Mindeststandard**

**Punkt 13.1 der Tagesordnung
V/0134/2006/1**

**Rückführung bestimmter Leistungen im Bereich
der Schülerfahrkosten auf den gesetzlichen Mindeststandard**

Frau Dr. Hanke erklärte, dass sie durchaus Verständnis dafür habe, dass die vorgesehenen Kürzungen bei den Schülerfahrkosten bei den betroffenen Familien zu Unverständnis führe. Fakt sei jedoch, dass das strukturelle Defizit der Stadt Münster reduziert werden muss und dafür ein Beitrag von allen geleistet werden müsse. Die Vorlage sei gründlich durchdacht worden und es gebe keine andere Möglichkeit der Einsparung.

Die GAL-Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:

Der Rat möge beschließen:

1. Die Stadt Münster übernimmt weiterhin die Schülerfahrkosten für spätausgesiedelte und ausländische Schüler, die mit Zustimmung und auf Wunsch des Schulträgers an der Fürstenbergschule, der Fürstin-von-Gallitzin-Realschule, der Geistschule und dem Gymnasium Paulinum unterrichtet und gefördert werden.
2. Die Stadt Münster übernimmt weiterhin die Kosten für die Taxibeförderung für Schüler der Primarstufen der Förderschulen.
3. Es wird ein „Härtetopf“ eingerichtet, aus dem die Fahrtkosten für Schüler der Jahrgangsstufen 6 - 13 im Schuljahr 06/07, die aus einkommensschwachen Familien kommen, analog der Entgeltordnung „Förder- und Betreuungsangebote“ finanziert werden, um damit einen nur finanziell veranlassten Schulwechsel zu vermeiden. Dies gilt für die Dauer des Schulbesuchs, d.h. spätestens auslaufend zum Jahr 2012.
4. Für Schüler des Stein-Gymnasiums, für die der jetzige Standort Hindenburgplatz die nächstgelegene Schule ist und für die dies am neuen Standort Gievenbeck nicht mehr zutrifft, werden für die Dauer des Schulbesuchs die Schülerfahrkosten erstattet.
5. Darüber hinaus gelten die unter Ziffer 1 auf Seite 3 der Vorlage 0134/2006 genannten Ausnahmen.

Die SPD-Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:

Der Schulausschuss möge beschließen:

Neu einfügen Punkt 1:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsführung der Stadtwerke Münster GmbH zum Beginn des Schuljahres 2006/2007 die Einführung eines Schülertickets in Münster umzusetzen, das für alle Schülerinnen und Schüler auf freiwilliger Basis nach dem Aachener Modell Mobilität auf dem Schulweg und in der Freizeit sichert.

Punkt 2 wie Vorlage Punkt 1

Punkt 3 wie Vorlage Punkt 2

Ergänzung:

Dabei soll weiterhin gewährleistet bleiben, dass in allen Fällen, in denen dies pädagogisch erforderlich ist, auch weiterhin ein Taxenverkehr erhalten bleibt. Die Verwaltung wird aufgefordert, in Abstimmung mit den Schulleitungen der Förderschulen ein Konzept zu entwickeln, das eine faire und für alle Beteiligten transparente Lösung bringt, wer mit dem Taxi zur Schule befördert wird. Dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung ist laufend über die Kostenentwicklung zu berichten.

Punkt 4 anstelle Vorlage Punkt 3

Die Schülerspezialverkehre in der Stadt Münster werden eingestellt. Auch in diesem Bereich werden die Leistungen der Stadt Münster auf das gesetzliche Mindestmaß zurückgeführt.

Es folgte eine ausführliche Diskussion über die Vorlage und die Änderungsanträge der Fraktionen.

Die CDU/FDP-Fraktion stellte den Antrag die Beratung und Abstimmung über die Vorlage, die Ergänzungsvorlage sowie die Änderungsanträge der Fraktionen in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben.

Der Antrag wurde einstimmig bei vier Enthaltungen (SPD) angenommen.

Die Anträge der SPD-Fraktion und der GAL-Fraktion wurden somit als eingebracht angesehen.

Punkt 14 der Tagesordnung

Beratung des doppelten Haushalts

Punkt 14.1 der Tagesordnung

Westfälische Schule für Musik

Herr Hermanns von der Westf. Schule für Musik beantwortete einige Fragen von Mitgliedern des Ausschusses zum Haushalt der Musikschule.

Den Veränderungsblättern der Verwaltung wurde mehrheitlich bei vier Gegenstimmen (SPD) und drei Enthaltungen (GAL) zugestimmt.

Vom Ausschuss für Schule und Weiterbildung wurde der doppelte Haushalt der Westfälischen Schule für Musik mehrheitlich bei vier Gegenstimmen (SPD) und drei Enthaltungen (GAL) beschlossen.

Punkt 14.2 der Tagesordnung

Volkshochschule

Vor Beginn der Sitzung wurde Herrn Kehr eine Unterschriftenliste und eine Stellungnahme der Dozenten zu der geplanten Kürzung der Dozentenonorare ausgehändigt.

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, die geplanten Honorarkürzungen bei den Dozenten der Volkshochschule nicht vorzunehmen. Zur Gegenfinanzierung wurden verschiedene Einsparungsvorschläge unterbreitet.

Herr Dr. Gummersbach nahm zu den Einsparvorschlägen Stellung und teilte mit, dass die angeführten Vorschläge nicht ausreichen, um die notwendigen Einsparungen zu erzielen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mehrheitlich bei vier Gegenstimmen (SPD) und drei Enthaltungen (GAL) abgelehnt.

Den Veränderungsblättern der Verwaltung wurde mehrheitlich bei vier Gegenstimmen (SPD) und drei Enthaltungen (GAL) zugestimmt.

Vom Ausschuss für Schule und Weiterbildung wurde der doppelte Haushalt der Volkshochschule mehrheitlich bei vier Gegenstimmen (SPD) und drei Enthaltungen (GAL) beschlossen.

Punkt 15 der Tagesordnung

Beratung des Haushaltsplanes 2006, des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2006 bis 2009

Punkt 15.1 der Tagesordnung

Verwaltungshaushalt hier: Budget Amt für Schule und Weiterbildung

a) Veränderungsblätter der Verwaltung

Die sich aus den Veränderungsblättern der Verwaltung ergebenden Änderungen des Haushaltsplanentwurfs wurden mehrheitlich mit den Stimmen der CDU- / FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und GAL beschlossen.

b) Anträge der Fraktionen

Antrag der CDU-/FDP-Fraktion

- Erstattung der IuK-Kosten für Schulen an citeq -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 52 -

Die CDU/FDP-Fraktion stellte den Antrag, die Ansätze in den Jahren 2006 – 2009 zu reduzieren.

Die Abstimmung über den Antrag wurde einvernehmlich in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Antrag der CDU-/FDP-Fraktion

- Schulraumvermietung -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 50 -

Die CDU/FDP-Fraktion stellte den Antrag, den Ansatzes in den Jahren 2006 - 2009 um jeweils 10.000,00 € zu erhöhen.

Der Antrag wurde einstimmig bei sieben Enthaltungen (SPD, GAL) angenommen.

Antrag der UWG-MS /ödp

- Reduzierung ½ Planstelle Schulpsychologen -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 65 -

Die UWG-MS/ödp stellte den Antrag, auf die Kürzung des Ansatzes bei der HH-Stelle in den Jahren 2006 - 2009 um jeweils 35.910,00 € zu verzichten.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und GAL abgelehnt.

Antrag der UWG-MS/ödp

- Rückführung der Schülerfahrkosten -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 54 -

Die UWG-MS/ödp stellte den Antrag, auf die Reduzierung der Ansätze in den Jahren 2006 – 2009 zu verzichten.

Die Abstimmung über den Antrag wurde einvernehmlich in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Antrag UWG-MS/ödp

- Veränderte Standards OGTS -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 58 -

Die UWG-MS/ödp stellte den Antrag, auf die Anhebung der Elternbeiträge zu verzichten.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion von SPD und GAL abgelehnt.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen/GAL

- OGTS Veränderung Standards Personalkosten -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 58 -

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte den Antrag, die Veränderungen gem. Blatt 58 Konsolidierungsliste nicht durchzuführen und die Standards zu halten.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion von SPD und GAL abgelehnt.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen/GAL

- OGTS Veränderung Standards Ausgabenreduzierung und Einnahmeerhöhung -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 58 -

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte den Antrag, die Veränderungen gem. Blatt 58 Konsolidierungsliste nicht durchzuführen und die Standards zu halten.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion von SPD und GAL abgelehnt.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen/GAL

- Schülerfahrkosten -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 54 -

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte den Antrag, einen Härtefonds für Schüler an Förderschulen etc. einzurichten.

Die Abstimmung über den Antrag wurde einvernehmlich in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen/GAL

- Sozialarbeiter an Grundschulen -

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte den Antrag, 3 halbe Stellen für Sozialarbeiter für Norbertschule, Grundschule Kinderhaus und Grundschule Berg Fidel einzurichten.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der GAL bei Enthaltung der SPD angelehnt.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen/GAL

- Verkehrswacht Münster Jugendverkehrsschule -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 53 -

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte den Antrag, die Veränderungen gem. Blatt 53 Konsolidierungsliste nicht durchzuführen und die Standards zu halten.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der GAL bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen/GAL

- Lehrgangsgebühren PTA -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 51 -

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte den Antrag, die Veränderungen gem. Blatt Nr. 51 der Konsolidierungsliste teilweise zurückzunehmen und die Lehrgangsgebühren um 10,00 € statt 15,00 € zu erhöhen.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der GAL bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen/GAL

- ESCA-Mentis, Personalkostenzuschuss -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 56 -

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte den Antrag, die Veränderungen gem. Blatt 56 Konsolidierungsliste nicht durchzuführen und die Standards zu halten.

Die Abstimmung über den Antrag wurde einvernehmlich in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen/GAL

- Ganztägige Betreuung, Sachkosten;
hier: erlebnis- und wahrnehmungsorientierter Musikunterricht -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 57 -

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte den Antrag, die Veränderungen gem. Blatt 57 Konsolidierungsliste nicht durchzuführen und die Standards zu halten.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion von SPD und GAL abgelehnt.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen/GAL

- Reduzierung Schuletats -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 61 und 62 -

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte den Antrag, die Schuletats nur um 10 % statt 20 % zu reduzieren.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion von SPD und GAL abgelehnt.

Antrag SPD-Fraktion

- Sachkostenbeitrag PTA -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 51 -

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, den Sachkostenbeitrag der PTA zu erhöhen.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-/FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der GAL abgelehnt.

Antrag SPD-Fraktion

- Verkehrswacht Münster, Jugendverkehrsschule -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 53 -

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, den Zuschuss zur Jugendverkehrsschule komplett zu streichen.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-/FDP-Fraktion und der GAL-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Antrag SPD-Fraktion

- Schülerfahrkosten -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 54 -

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, die Schülerfahrkosten weiter zurückzuführen, den Mittelansatz in 2006 um weitere 120.000,00 € und ab 2007 um 350.000,00 € p.a. (Einführung Schülerticket) zu senken.

Die Abstimmung über den Antrag wurde einvernehmlich in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Antrag SPD-Fraktion

- Zuschuss ESCA-Mentis -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 56 -

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, den Zuschuss für ESCA-Mentis komplett zu streichen.

Die Abstimmung über den Antrag wurde einvernehmlich in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Antrag SPD-Fraktion

- Ganztägige Betreuung -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 57 -

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, den Ansatz für den erlebnisorientierten Musikunterricht zu reduzieren.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-/FDP-Fraktion gegen die Stimmen von SPD und GAL abgelehnt.

Antrag SPD-Fraktion

- Ganztägige Betreuung -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 58 -

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, keine Kürzungen bei den Personal- und Sachkosten und keine Erhöhungen bei den Elternbeiträgen vorzunehmen.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-FDP-Fraktion gegen die Stimmen von SPD und GAL abgelehnt.

Antrag SPD-Fraktion

- e. V.-Musikschulen -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 60 -

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, den Zuschuss für alle Musikschulen zu kürzen.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-FDP-Fraktion gegen die Stimmen von SPD und GAL abgelehnt.

Antrag SPD-Fraktion

- Schuletats -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 61 -

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, dass die Reduzierung der Schuletats nicht vorgenommen wird.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-FDP-Fraktion gegen die Stimmen von SPD und GAL abgelehnt.

Antrag SPD-Fraktion

- Schuletats Selbstständige Schulen -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 62 -

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, dass die Reduzierung der Schuletats der Selbstständigen Schulen nicht vorgenommen wird.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-FDP-Fraktion gegen die Stimmen von SPD und GAL abgelehnt.

Antrag SPD-Fraktion

- Streichung ½ Planstelle Schulpsychologie -
- Haushaltskonsolidierung Blatt 65 -

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, dass der Stellenplan der Schulpsychologie um eine halbe Stelle erhöht und auf die vorgesehene Streichung einer halben Stelle verzichtet wird.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-FDP-Fraktion gegen die Stimmen von SPD und GAL abgelehnt.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmte dem Entwurf des Verwaltungshaushaltes mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD und GAL zu.

Punkt 15.2 der Tagesordnung

Vermögenshaushalt hier: Einzelplan 2 Schulen

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmte dem Entwurf des Vermögenshaushaltes und den damit verbundenen Veränderungsblättern der Verwaltung mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD und GAL zu.

In der abschließenden Abstimmung über den Gesamthaushalt 2006, den Finanzplan und das Investitionsprogramm 2007 bis 2009 wurden diese mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD und GAL angenommen.

**Punkt 16 der Tagesordnung
V/0070/2006**

**Modellprojekt zur stärkeren Internationalisierung
der städtischen Bildungslandschaft**

Herr Dr. Gummersbach erläuterte die Vorlage und gab eine redaktionelle Änderung zum Beschlussvorschlag Ziffer 2 bekannt. Dort müsse es korrekt heißen:

- „2. Der Rat beschließt die Fortführung des Modellprojektes zur stärkeren Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft über den zweijährigen Zeitraum, der am 31.12.2006 endet, hinaus.“

Die SPD-Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:

Der Schulausschuss möge beschließen:

Punkt 1 wie Vorlage

Punkt 2:

Der Rat beschließt die Fortführung des Projektbausteins „Club D“ über den zweijährigen Zeitraum, der mit Ablauf des Schuljahres 2006/2007 endet, hinaus. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, ein Gesamtkonzept zur Bildungsberatung in Münster zu erarbeiten, das auch die besonderen Belange von Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigt.

Die CDU/FDP-Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:

Der Rat möge beschließen

Die Vorlage wird wie folgt geändert.

Beschlusspunkt 2 neu:

Dem Rat wird ein schriftlicher Bericht über die Voraussetzungen und Ergebnisse des Modellprojektes vorgelegt. Auf Grund dieses Berichtes entscheidet der Rat über die Fortführung des Modellprojektes zur stärkeren Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft ab 2007.

Punkt 2 alt entfällt

Nach einer kurzen Diskussion wurde der Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD und GAL abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde einstimmig bei Enthaltung der GAL angenommen.

In der nachfolgenden Abstimmung empfahl der Ausschuss für Schule und Weiterbildung dem Rat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den Erfahrungsbericht "Mit Sprache und Beratung - Integration unterstüt-

zen - ein Modellprojekt der Stadt Münster" zur Kenntnis.

2. Dem Rat wird ein schriftlicher Bericht über die Voraussetzungen und Ergebnisse des Modellprojektes vorgelegt. Auf Grund dieses Berichtes entscheidet der Rat über die Fortführung des Modellprojektes zur stärkeren Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft ab 2007.

Punkt 17 der Tagesordnung

Anfragen/Anträge von Mitgliedern des Schulausschusses

17.1 Behandlung von Vorlagen im Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Die CDU-Fraktion wies daraufhin, dass im Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen die Vorlage 0094/2006 zu Baumaßnahmen an der Adolph-Kolping-Schule und am Schillergymnasium beraten wurde. Es wurde darum gebeten, dass zukünftig alle Vorlagen, die Schulen betreffen auch im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorgelegt werden.

Punkt 18 der Tagesordnung

Verschiedenes

Ende der Sitzung: 21:30 Uhr

Manfred Kehr
Vorsitz

Winfried Engbert
Schriftführung